

# Wenn die Geber müde werden

## Nach den UN-Sanktionen gegen das Taliban-Regime droht eine neue Flüchtlingskatastrophe

von Jan Heller / Kabul

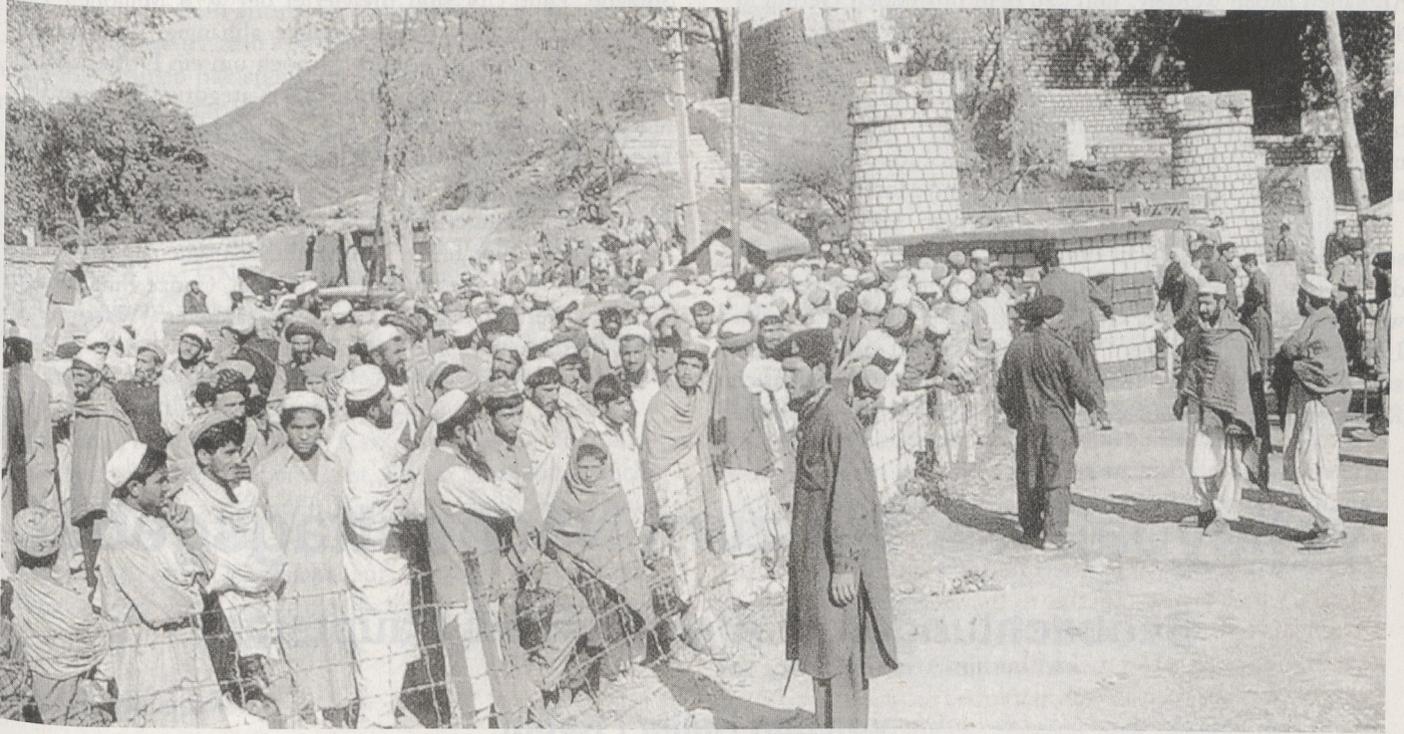
Nur ein gutes halbes Jahr ist es her, da berichtete das *Time Magazine* aus Herat als dem „Land, wo bei den Taliban Milch und Honig fließen“. „Das Geschäft boomt“, zitierte der Reporter einen einheimischen Geldwechsler, der auf dem Bazar der westafghanischen Stadt die Umsätze der Händler aus dem legalen und wohl noch häufiger illegalen Importgeschäft mit dem benachbarten Iran umschlägt. Der Artikel schloß mit einer für das zerstörte mittelasiatische Land so seltenen, weil positiven Feststellung: „Im Unterschied zu anderen afghanischen Städten scheint in Herat extreme Armut kein Problem zu sein“.

Inzwischen hat sich die Lage in Herat radikal gewandelt. Die alte Hauptstadt des Timuriden-Reiches, in der die gelehrten Nachkommen Dschingis Khans im 15. Jahrhundert einst für eine anhaltende kulturelle, wissenschaftliche und architektonische Blüte unter islamischen Vorzeichen sorgten, beherbergt heute 68.000 Binnenflüchtlinge, die vor der seit drei Jahren anhaltenden Dürre und dem nun schon 22 Jahre währenden Krieg aus dem Landesinnern hierher geflohen sind. Allein zwischen dem 11. und dem 16. Dezember kamen 4.600 Menschen. Ernteverluste von durchschnittlich 75 Prozent und der Tod von durchschnittlich der Hälfte ihres Viehbestands ließen sie aus ihren angestammten Siedlungsgebieten fliehen. Bereits fünf der sechs Flüchtlingslager in Herat sind voll. Bis zu drei Familien - nach einer UN-Statistik 18 Personen - drängen sich dort notdürftig in einem Zelt. In dem neuesten Camp, in Maslaq, müssen Flüchtlinge mangels Unterkünfte bereits im Freien übernachten - und das bei Minusgraden. Insgesamt fehlen „mindestens 2.500 Unterkünfte“, heißt es bei den Vereinten Nationen. Deshalb kampieren verzweifelte Flüchtlinge bereits seit Wochen vor deren Büros und verlangen Unterstützung. Mehrmals mußten die UN-Hilfswerke bereits Verteilungsaktionen abbrechen, weil ihre Mitarbeiter dabei ihres Lebens nicht mehr sicher sein konnten. Und weder die Nahrungsmittel noch die als dürftiges „Dach über dem Kopf“ verteilten Plastikfolien reichen für alle. Den meisten Einheimischen geht es nicht viel besser als den Binnenflüchtlingen. Eine Studie des *UN-World Food Programme* von Anfang Dezember belegt, daß sich als Folge der Flüchtlingsbewegungen die Lage am städtischen Arbeitsmarkt binnen eines Jahres extrem verschlechtert hat. Mit 77 Prozent war der Zustrom an neuen Arbeitskräften der höchste landesweit. Dieses Überangebot drückte das Preisniveau der Arbeitslöhne so sehr, daß der Realwert der Einkommen um 49 Prozent einbrach - ebenfalls ein Spitzenwert für Afghanistan. „Herat kann mit den wachsenden Belastungen durch den Zustrom der in die Stadt drängenden verzweifelten Landbevölkerung nicht mehr Schritt halten“, faßt das UN-

Koordinationsbüro für humanitäre Angelegenheiten in Afghanistan (UNOCHA) die Lage zusammen.

Am anderen Ende des Landes, im Nordosten an der Grenze zu Tadjikistan, spielt sich ein anderes afghanisches Flüchtlingsdrama ab. Dort flohen im Herbst letzten Jahres bis zu 100.000 Menschen vor einer neuen Angriffswelle der Taliban, die damals mit Taloqan die letzte große Stadt im Besitz ihrer Gegner eroberten. Ungefähr 10.000 von ihnen landeten auf einer Reihe von kargen, sumpfigen Inseln, die vor der Kleinstadt Emam Saheb mitten im tadjikisch-afghanischen Grenzfluß Amu-Darja liegen, bedroht von Überflutung und Krankheiten wie Durchfall, Ruhr, Typhus und Malaria. Für humanitäre Hilfe sind die Flüchtlinge dort nur äußerst schwer zu erreichen, denn in dem Gebiet fehlt es weitestgehend an jeglicher Infrastruktur. Einige Gegenden sind nur in tagelangen Märschen zu Fuß oder auf Eseln zu erreichen. Zudem gilt die Umgebung weiterhin als Kampfgebiet. Auch der einsetzende Winter hat die Gefechte noch nicht völlig erliegen lassen und die Inseln werden sporadisch mit Artillerie beschossen. Zudem sammelt Anti-Taliban-Kommandant Ahmad Shah Massoud Kräfte, um möglichst noch in der nächsten Zeit einen Gegenangriff zu starten. Schließlich konnte sich auch die tadjikische Regierung, trotz wiederholter Appelle der UNO, noch nicht dazu entschließen, die Grenze für die Fliehenden zu öffnen. Die Wirtschaft des Landes hielt diese Belastung nicht aus, heißt es zur Begründung in Duschanbe. Nach Auskunft des örtlichen UN-Koordinators haben auch die tadjikischen Dorfgemeinschaften, die sich ihrerseits der schlimmsten Dürre seit 70 Jahren gegenübersehen, keine Reserven mehr, den Flüchtlingen Hilfe zu leisten.

Ein paar hundert Kilometer weiter südlich hat Pakistan bereits im November letzten Jahres den Grenzübergang Torkham am legendären Khyber-Paß geschlossen, auch wenn die Regierung in Islamabad offiziell lieber beschönigend von „Maßnahmen zur Regulierung des Flüchtlingszustroms“ spricht. In wenigen Wochen zuvor seien dort laut UNHCR 30.000 Menschen „im Zustand reiner Verzweiflung“ eingetroffen. Laut pakistanischen Angaben wurde eine noch größere Anzahl erwartet. Nun versperrt ein von pakistanischen Soldaten bewachter Drahtzaun Neuankömmlingen die Paßstraße, auf der noch vor wenigen Wochen eine mehr oder minder ungehinderte Ein- und Ausreise zwischen den Nachbarländern möglich war. Auch hier lautet die Begründung, die derzeit insgesamt 1,6 Millionen afghanischen Flüchtlinge in Pakistan stellten eine „nie dagewesene Belastung für die Ressourcen des Landes im allgemeinen und der Grenzprovinz NWFP im besonderen“ dar. Selbst in der afghanischen Hauptstadt Kabul ist die Lage nicht besser.



Afghanische Flüchtlinge am 55 Kilometer von Peshawar entfernten pakistanischen Grenzposten Torkham (Foto: *Frontline*)

Dort kampieren in den zerschossenen Wohnblocks der ehemaligen sowjetischen Botschaft noch immer 3.000 Flüchtlingsfamilien - etwa 18.000 Menschen -, argwöhnisch von Taliban-Kämpfern bewacht. Denn diese Flüchtlinge kommen aus einem nördlich von Kabul gelegenen „unzuverlässigen“ Gebiet, einer Hochburg des Taliban-Gegners Ahmad Shah Massoud. Eine Entspannung zeichnet sich weder für die Flüchtlinge noch die UNO oder die anderen Hilfsorganisationen ab. Nachdem der UN-Sicherheitsrat kurz vor Weihnachten neue Sanktionen gegen die herrschenden Taliban verhängte und diese darauf mit einem Boykott der UN-Vermittlungsbemühungen im Afghanistan-Konflikt reagierten, sind die Aussichten auf Frieden weiter gesunken. Im nächsten Frühjahr und Sommer werden neue Militäroffensiven beider Kriegsparteien - der Taliban wie ihrer Gegner von der Vereinigten Islamischen Front zur Rettung Afghanistans unter Kommandant Massoud - erwartet. Dies wird naturgemäß zu weiteren Übergriffen auf die Zivilbevölkerung und Vertreibungen führen. Dagegen kann die UNO wenig ausrichten, zumal ihre Bemühungen von ebenjenen ihrer Mitgliedsstaaten anhaltend torpediert werden, die in jedem Jahr mit schöner Regelmäßigkeit in der Generalversammlung für eine friedliche Lösung des Afghanistan-Konflikts stimmen. Nach einem im Dezember veröffentlichten Bericht der Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* versorgt nicht nur Pakistan die Taliban mit Waffen, Munition, militärischer Beratung und Planung sowie nach Ansicht mancher Beobachter mit als Freiwilligen getarnten Militärangehörigen. Auch Massoud erhält militärischen Nachschub vor allem aus Iran und Rußland, „mit sekundären Rollen“ für Tadjikistan, Usbekistan, Turkmenistan und Kirgisien. Die neuen Anti-Taliban-Sanktionen, die unter anderem ein einseitiges Waffenembargo

gegen die ultraslamistische Bewegung so genannter Koranschüler beinhalten, geben diesen Ländern für Waffenlieferungen an Massoud einen Freibrief.

Die politische Selbstisolation der Taliban, die sich weigern, den von den USA gesuchten internationalen Islamistenchef Usama bin Laden auszuliefern - der Hauptgrund für die neuen Sanktionen - führt dazu, daß bei den Geberländern für die humanitäre Hilfe die viel zitierte *donor fatigue* (Gebermüdigkeit) weiter um sich greift. Nach dem alljährlichen UN-Appell für humanitäre Projekte im Umfang von 220,8 Millionen US-Dollar kamen im vergangenen Jahr 2000 (bis zur bisher letzten Auswertung im September) nur 98,2 Millionen Dollar - das sind 44,5 Prozent - zusammen. Dabei sorgen überdurchschnittliche Gaben an das WFP - die UN-Agentur mit dem größten Finanzvolumen in Afghanistan - für einen guten Schnitt. Die Schattenseite: Zum Jahresende mußten die Projekte weniger begünstigter UN-Gliederungen wie des Drogenbekämpfungsprogramms UNDCP eingestellt werden. Das gleiche Schicksal konnte bei der Entminung - unter anderem durch einen deutschen Zuschuß - gerade noch abgewendet werden. Hier schlagen die Sanktionen indirekt doch durch, auch wenn das von den treibenden Kräften dahinter in Washington und Moskau stets zurückgewiesen wird. Kurz vor ihrer Verabschiedung sprach der für Südasien zuständige US-Außenstaatssekretär Karl Inderfurth noch von „smartem Sanktionen“, „maßgeschneidert, um zu verhindern, daß dem afghanischen Volk geschadet wird“. Das weisen in Afghanistan tätige große NGOs wie Oxfam und *Medecines sans frontieres* strikt zurück. Als sich die Geberländer für Afghanistan jüngst in Montreux trafen, äußerten sie in einer gemeinsamen Stellungnahme ihre „einhellige Opposition“ gegen Sanktionen, weil „sie einen weiteren destabilisierenden Einfluß auf

die Wirtschaft und die Lebenshaltungskosten der einfachen Afghanen haben werden“ und „zu dem profunden Gefühl in der afghanischen Öffentlichkeit beitragen, daß die internationale Gemeinschaft sich gegen sie gewendet hat und sie für die Aktionen der afghanischen Behörden (Anm. des Autors: gemeint sind die Taliban) verantwortlich hält“. Das deckt sich mit den Erkenntnissen einer UNOCHA-Studie, die prompt auf wütende Reaktionen in Washington und Moskau stieß.

Behalten die NGOs und UN-Agenturen mit ihren kritischen Bemerkungen Recht und bleibt entgegen entsprechender Zusagen, daß die humanitäre Hilfe trotz der Sanktionen weitergeführt werde, das Geld aus, hätte die Bevölkerung des Landes darunter zu leiden. Schon jetzt streitet sich Afghanistan mit Liberia oder Sierra Leone um den zweifelhaften Ruhm, auf der Entwicklungskala des UNDP den untersten

Platz einzunehmen. Die Statistiken sprechen eine beredte Sprache: Laut UN sind dreiviertel der 1,78 Millionen Einwohner Kabuls von Hilfsleistungen abhängig. Die Unterernährung afghanischer Kinder ist noch um ein Drittel schlimmer als im Durchschnitt der in der Kategorie der sogenannten *Least Developed Countries* (LDC) erfaßten weltweit ärmsten Länder. Die meisten dieser Kinder sind trotz entsprechender UN-Impfkampagnen noch nicht gegen die wichtigsten Krankheiten immunisiert. Die Kindersterblichkeit ist selbst im Vergleich zum relativ hohen südasiatischen Durchschnitt doppelt so hoch wie im Rest der Region. Ganze fünf Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu sauberem Wasser - im LDC-Durchschnitt sind es 61 Prozent.

(Originaltext der Resolution des UN-Sicherheitsrats in den „Gelben Seiten“)

## Volleyball nur bis zum Nachmittagsgebet

### Beobachtungen in Afghanistans Hauptstadt

von Jan Heller / Kabul

Während sich die Sonne fahl durch den morgendlichen Dunst kämpft, strebt Kabuls werktätige Bevölkerung ihren schlecht bezahlten Arbeitsplätzen zu. Bis über die Nasen in wärmende Decken, so genannte *Pattus* (eine örtliche Variante des französischen *Paletot*) gehüllt, radeln sie zu Marktständen, in staatliche Büros und auf Baustellen. Dahin traben auch die einachsigen Eselskarren, die bereits angerührten Zement transportieren. Dazwischen wenige Autos, meist in einem Zustand, der jeden TÜV-Angestellten in Deutschland zum Herzinfarkt treiben würde. 500.000 bis 600.000 Afghani - das sind um die 15 Mark monatlich - erhalten Staatsangestellte. Zwar reicht das weder vorn noch hinten, um eine Durchschnittsfamilie durchzubringen, aber wenigstens wird man regelmäßig bezahlt - und hat die Entlassungswelle im Frühjahr überstanden. Bis zur nächsten, von der bereits Gerüchte die Runde machen. „Schlanker Staat“ à la Taliban. Im Dezember ist endlich der Winter in Afghanistan eingezogen. Erstmals seit drei Jahren ist wieder ziemlich viel Schnee gefallen. Kabul ist von einem malerischen Ring beschneiter Berge, den Ausläufern des Hindukuschs und des zentralen Hochlandes Hazaradshat umgeben. Auch die Kette des Spinghar (Weiße Berge) macht ihrem Namen wieder alle Ehre. Während die kalte Jahreszeit den Menschen in der zerstörten Stadt weitere Härten auferlegt, tanzten sie beim ersten Schnee doch auf den Straßen. Schnee auf den Bergen - das bedeutet Schmelzwasser im Frühling und Sommer und Bewässerung für die Felder nach drei Dürrejahren. Allein im letzten Herbst waren durchschnittliche Ernteverluste von 75 Prozent zu verzeichnen. UN-Agenturen rechnen mit 500.000 bis einer Million Menschen, die trotzdem im nächsten Jahr akut von Hunger bedroht sein werden. Erst am Montag rechnete die

Chefin des *World Food Programme*, Catherine Bertini, auf einer Pressekonferenz in New York Afghanistan zu den Brennpunkten des Welthungers, verursacht durch den „alarmierenden Trend, das die ärmsten Nationen gleichzeitig von umweltbedingten und von Menschen heraufbeschworenen Katastrophen getroffen werden“. Mit anderen Worten: Krieg und Hunger sind zwei Seiten der selben Medaille.

#### Geld ist knapp

Zwei Hazara - vielleicht Wanderarbeiter aus dem verschneiten Zentral-Afghanistan - zerren einen Transporteinachser mit verrostetem und von Schüssen durchsiebtem Wellblech durch die Hauptstraße der Kabuler Neustadt. Das sind Überreste eines der Frachtcontainer, die in diesem 22-jährigen Krieg so vielfältig eingesetzt wurden: vom Behelfsladen bis zum Behelfsgefängnis. Dieser ist wie so viele wohl schon vor einigen Jahren der Schießwut der siegreichen Mujaheddin zum Opfer gefallen, die sich damals einen Sport daraus machten, die Blechbehälter mit Panzerfäusten in die Luft zu jagen. Die beiden spärlich barteten Männer mit den mongolischen Gesichtszügen werden die Bleche wohl zum Zwischenhändler schaffen, der dann einen Transport in die pakistanischen Altmetallschmelzen zusammenstellen wird. Kinder ziehen umher und versuchen, bunte Luftballons oder Zigaretten zu verkaufen. Auch ein paar Frauen, vorschriftswidrig ohne männliche Begleitung, sind unterwegs - „natürlich“ verschleiert. Die meisten Geschäfte haben geöffnet, mit den selben spärlichen Auslagen und dem selben dünnen Kundenstrom wie immer. Geld ist knapp, und der Kurs des Afghani hat ungeahnte Tiefen erreicht: 74.000 werden jetzt